



Bundestags- brief

Nr.247 • Die Woche im Bundestag • 10.05.2019



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

„Gundermann“ reüssiert beim Deutschen Filmpreis

Die Verleihung des Deutschen Filmpreises in diesem Jahr hat einmal mehr gezeigt, wie politisch der deutsche Film ist: Großer Gewinner des Abends war Andreas Dresens „Gundermann“, auch das Flüchtlingsdrama „Styx“ und der Dokumentarfilm „of Fathers and Sons“ wurden ausgezeichnet.

Das Portrait des ostdeutschen Liedermachers Gerhard Gundermann zeigt ein Künstlerleben zwischen Widerstand und Anpassung und vermittelt uns ohne Beschönigung oder leichtfertiges Urteil die Widersprüchlichkeit des Lebens in der einstigen DDR.

Deshalb ist „Gundermann“ verdient mit sechs Lolas, unter anderem auch als Bester Spielfilm, ausgezeichnet worden. Darüber hinaus ist der Film ein wichtiger Beitrag zur Verständigung zwischen Ost und West im Jahr 2019, in dem sich der Mauerfall zum 30. Mal jährt. Genau aus diesem Grund müssen wir weiterhin dafür sorgen, dass Filmemacherinnen und Filmemachern hierzulande die größtmögliche künstlerische Freiheit genießen können.

Zu dieser Freiheit trägt jedenfalls die Filmförderung des Bundes bei, die finanziell so gut aufgestellt ist wie nie zuvor: Rechnet man alle Fördermaßnahmen zusammen, stehen mittlerweile jährlich rund 165 Millionen Euro allein für die Produktionsförderung von Kinofilmen und High End Serien bei der BKM zur Verfügung. Damit kann sich Deutschland auch im internationalen Vergleich wahrlich sehen lassen. Neben den Filmen fördern wir künftig auch mit zweistelligen Millionensummen den Kulturort Kino, diese wichtigen Phantasie- und Gesellschaftsräume - auf dem Land wie auch in den großen Städten.

Notre Dame: deutsche Hilfe angeboten

Ein verheerender Brand hat vor zwei Wochen große Teile der Kathedrale Notre-Dame in Paris zerstört.

Ich habe mich vor Ort über die Schäden und meinem französischen Amtskollegen Franck Riester fachliche und technische Unterstützung von deutscher Seite angeboten. Begleitet hat mich dabei die frühere Kölner Dombaumeisterin Barbara Schock-Werner, die ich gebeten habe, die Koordination der zahlreichen deutschen Hilfsangebote zu koordinieren.

Der Brand am 15. April hat erhebliche Schäden an der Kathedrale hinterlassen. Unter anderem wurde der Dachstuhl zerstört, der Vierungsturm brach ein und verursachte den Einsturz des darunter liegenden Gewölbes. Das Gestein des Bauwerks war stundenlang Hitze sowie dem eindringenden Löschwasser ausgesetzt.

Es war bestürzend zu sehen, welche großen Schäden die Brandkatastrophe an der Kathedrale hinterlassen hat. Beeindruckt hat mich aber, mit welchem beispielhaftem Einsatz und hoher fachlicher Kompetenz sich Frankreich dem Wiederaufbau dieses nationalen weltweit bedeutenden Denkmals widmet.

Aus Deutschland gab es in den vergangenen Wochen nicht nur beeindruckende Zeichen der Solidarität, sondern auch ganz konkrete Hilfsangebote. Zahlreiche Unternehmen und Experten sowie Sachverständige von Bund und Ländern haben signalisiert, den Wiederaufbau der Kathedrale auf allen Ebenen mit ihrem Fachwissen und tatkräftiger Hilfe unterstützen zu wollen. Ich freue mich sehr darüber und Deutschland wird - sofern das gewünscht ist - jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Mit voller Kraft und Geschlossenheit in die nächsten Wochen

Bis zur Sommerpause werden wir noch insgesamt vier Sitzungswochen haben, in denen viel Arbeit vor uns liegt.

In knapp drei Wochen stehen wichtige Wahlen in Europa, in vielen Kommunen und in Bremen an. Bei der Europawahl kämpfen wir als Union für unseren Spitzenkandidaten Manfred Weber, damit CDU und CSU ein gutes Ergebnis erzielen und die EVP stärkste Fraktion im Europäischen Parlament wird.

In den Kommunalwahlen und in Bremen geht es darum, in der Fläche und an der Basis stark zu bleiben. Wir sind gemeinsam die einzige politische Kraft, die mit gesundem Menschenverstand den Bürgern Sicherheit, Zukunft und nachhaltigen Wohlstand bringt.

Klug Haushalten: In die Zukunft und Sicherheit investieren!

Die Ergebnisse der Steuerschätzung in dieser Woche machen deutlich, dass die Spielräume im Haushalt werden enger werden, nicht mehr jeder Wunsch wird in Erfüllung gehen.

Unsere Linie ist klar: Das Geld muss in Zukunft und Sicherheit fließen, statt weiter an der Umverteilungsschraube zu drehen. Für die Zukunft unseres Landes sind Investitionen in Bildung und Forschung, in die Verkehrswege, in schnelles Internet und künstliche Intelligenz zentral. Nur mit guten Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft bleibt unser Sozialstaat finanzierbar. Für uns als Union ist die Sicherheit der Menschen in Deutschland eine weitere wichtige Säule unserer Politik. Polizei und die Bundeswehr müssen so ausgestattet werden, dass sie diese Sicherheit auch gewährleisten können. Diese seit Jahren verfolgte Politik werden wir fortsetzen.

Freiheit statt Sozialismus.

1989 haben mutige Deutsche in der DDR das SED-Unrechtsregime und die Mauer zu Fall gebracht. Wer hätte das gedacht: 30 Jahre später machen sich einige Geschichtsvergessene an eine Neuauflage des demokratischen Sozialismus.

Wie 1989 steht die Union auch 2019 für Freiheit, für das Privateigentum, für die soziale Marktwirtschaft. Dies sind die Grundlagen des Wirtschaftswunders wie des bleibenden Erfolgs und Wohlstandes in Deutschland. Wir sind dem Sozialstaatsgedanken verpflichtet. Träume aber von Kollektivierung und Enteignung erteilen wir eine klare Absage.

Keine Einbürgerung bei Mehrehe

Wir werden bald einen Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts beraten, mit dem dschihadistischen Terrorkämpfern die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wird, wenn sie Doppelstaatler sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass wir auch in einer anderen Frage unsere Werte in konkrete Politik umsetzen: Wer als Ausländer mit mehreren Frauen verheiratet ist, kann kein deutscher Staatsbürger werden. Das ist für uns eine Frage von fundamentalen Werten, für die wir als Christdemokraten und Christsoziale eintreten.

Arbeitskosten in der EU im Jahr 2018: Deutschland weiterhin auf Platz 6.

Mit durchschnittlich 35,00 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde im produzierenden Gewerbe oder für sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen lag das Arbeitskostenniveau in Deutschland im vergangenen Jahr im EU-weiten Vergleich auf dem 6. Rang.

Gemessen am EU-Durchschnitt von 26,60 Euro zahlten deutsche Arbeitgeber 32% mehr für eine Stunde Arbeit. Während Dänemark das Ranking mit 44,70 Euro pro Stunde anführt, sind die Arbeitskosten je geleistete Stunde in Bulgarien mit 5,30 Euro am niedrigsten.

Der Abstand zwischen der Spitzengruppe mit den höchsten Arbeitskosten (Dänemark, Luxemburg, Belgien, Schweden, Frankreich, Deutschland) zu der Gruppe der Länder mit den geringsten Arbeitskosten (Bulgarien, Rumänien, Litauen, Lettland, Polen, Ungarn) hat sich jedoch seit 2004 mehr als halbiert.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)